

# Behinderte sollen in der Mitte der Gesellschaft leben

Informationsgespräch mit Bundestagsabgeordneten Gabriele Katzmarek und Kai Whittaker über geplantes Bundesteilhabegesetz

**Baden-Baden/Bühl (fs) – Der Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker (CDU) hatte zu einem Informationsgespräch über das geplante Bundesteilhabegesetz ins Edith-Mühl-schlegel-Haus der Lebenshilfe in Baden-Baden eingeladen.**

An dem Gespräch beteiligten sich auch die Bundestagsabgeordnete Gabriele Katzmarek (SPD), Vertreter der Lebenshilfe Rastatt/Murgtal sowie Baden-Baden/Bühl/Achern, der Leiter des Sozialamts des Landkreises Rastatt, Jürgen Ernst, und Beate Wirth, Beauftragte der Stadt Baden-Baden für Menschen mit Behinderungen.

Das Gesetz, das die Große Koalition bis Jahresende verabschieden will, soll die Situation von rund 16,8 Millionen Men-

schon mit Behinderungen und rund 7,5 Millionen Schwerbehinderten verbessern, mehr Selbstbestimmung ermöglichen und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern.

Erreicht werden soll das durch eine verbesserte Koordination der Rehabilitationsträger. Um der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden, sollen die Selbstbestimmung und individuelle Lebensplanung Behinderter bis hin zu einer eigenen Vermögensbildung unterstützt werden.

„Behinderte sollen ein mittelständisches Leben in der Mitte der Gesellschaft führen können“, sagte Whittaker. Katzmarek, die auch im Gesundheitsausschuss des Bundestags tätig ist, meinte, dass diejenigen, die etwa in den

Werkstätten der Lebenshilfe arbeiten, keine weitere Unterstützung bräuchten. Es gelte aber, bis 2020 Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch Vollzeitarbeit als wichtigen Bestandteil von Inklusion ermöglichen, ohne die Behinderten finanziell zu bestrafen, indem ihnen die Rehalleistungen wieder vom Lohn abgezogen werden. Sie forderte, die Frage nach den unterschiedlichen Töpfen für die Leistungen müsse einheitlich gelöst werden.

Alle Vertreter der Lebenshilfe begrüßten zwar das geplante Gesetz, sahen aber auch Unklarheiten im Entwurf. Der Vorsitzende der Lebenshilfe Rastatt/Murgtal, Hasso Schmidt-Schmiedebach, befürchtet so wie Sozialamtschef Ernst einen „Rückschritt statt Fortschritt“. Beide verdeutlich-



**Gabriele Katzmarek (SPD) und Kai Whittaker (CDU) informieren über das Bundesteilhabegesetz.** Foto: Fauth-Schlag

ten, dass schon in ihrer bisherigen Kooperation alle Ansätze zur Inklusion ohne Abstriche geleistet werden konnten. Vor-

allem der Vorrang der Pflege vor der Eingliederungshilfe wurde von den meisten kritisiert. „Wenn der Kreis künftig

nach den Vorgaben des neuen Gesetzes handeln muss, schränkt das unsere Konsensfähigkeit ein“, sagte Ernst.

Wirth sprach von den Ängsten von Angehörigen Behinderter, dass diese nicht wüssten, was auf sie zukommt, und sie durch das Gesetz möglicherweise nicht mehr das bekommen könnten, was ihnen zustehe. Deshalb so Christian Lemcke von der Lebenshilfe Baden-Baden/Bühl/Achern sei es wichtig, alle beteiligten und ihre Kritik ernst zu nehmen. Schmidt-Schmiedebach brachte die Diskussion auf den Punkt: „Wir begrüßen zwar dieses Gesetz, aber wir brauchen es nicht. Bei uns sind schon Riesendinge in Sachen Inklusion geschehen. Sie findet in den Köpfen statt, Geld ist dafür aber nicht unangenehm.“